

Meinungen und Profile

Hubacher

Grüner Bundesrat, subito?

Die Grünen haben ihre Mandate von 11 auf 28 mehr als verdoppelt. Das ist in der ungewöhnlich stabilen politischen Landschaft der Schweiz ein herausragendes Ereignis. Nun verlangen die Grünen, mit einem Sitz im Bundesrat belohnt zu werden. Und zwar bereits bei dessen Wiederwahl am kommenden 1. Dezember. Die Zauberformel ist auf solche Flexibilität nicht angelegt.

Unsere Nachbarstaaten praktizieren ein anderes System. Frankreich hat eine präsidentiale Regierungsform. Deutschland, Italien und Österreich sind parlamentarische Demokratien. Nach den Wahlen wird die stärkste Partei mit der Regierungsbildung beauftragt. Sie stellt automatisch den Regierungschef. Hat sie die Mehrheit, wird allein regiert. Andernfalls gibt es eine Koalition. Die beteiligten Parteien ernennen ihre Minister. Am Schluss bestätigt die Parlamentsmehrheit die neue Regierung in corpore.

Beim parlamentarischen System ändern Wahlsieg oder Niederlage unmittelbar die Machtverhältnisse. Hätten wir dieses System, wäre die SVP als stärkste Partei am Zug, die Regierung zu bilden. Sie könnte mit der FDP und CVP eine Koalition einsetzen. Sie wäre mit 52,1 Prozent

Wähleranteil mehrheitsfähig. Interessanterweise blieben dabei die siegreichen Grünen weiterhin in der Opposition.

Was kostet eigentlich ein Sitz im siebenköpfigen Bundesrat? Rein rechnerisch 14,28 Prozent Wähleranteil. Christoph Blocher hat eine neue Zauberformel ausgerechnet. Sein Sitzverteiler: 2 SVP, 1 SP, 1 FDP, 1 GP, 1 CVP, 1 GLP. Sogar die Grünliberalen bekämen mit bloss 7,8 Prozentpunkten einen Bundesrat. Das ist seine Schlaumeierlösung. Mit der die Vorrherrschaft seiner Partei zementiert würde.

Ein altes Schlachtross erscheint auch wieder auf der Rennbahn: eine Regierung mit neun Bundesräten. Das gäbe für die Sitzverteilung etwas mehr Spielraum. Sie benötigte eine Verfassungsänderung. Bestimmt ebenfalls eine Volksabstimmung. Das bräuchte ziemlich viel Zeit. Eine schnelle Änderung, wie die ungeduldigen Grünen sie wünschen, brächte dieser Schrittwechsel nicht. Gescheitert ist er schon zwei Mal.

Sieben Bundesräte sind nicht gerade eine heilige Zahl. Eine einmalig traditionsreiche jedoch allemal. «Bundesrat» wird im Ausland kaum verstan-

Sieben Bundesräte versprühen historischen Charme. Die kleine Runde bürgt für effiziente Regierungsarbeit.

den, hat die Schweiz zahlenmässig die kleinste Regierung weltweit. Simonetta Sommaruga als Beispiel ist dreifache Ministerin: für Verkehr, Energie, Umwelt. Das gilt ebenso für andere Bundesräte.

Dieses Regime funktioniert seit 1848, seit 171 Jahren. Das Pflichtenheft von damals ist mit dem heutigen nicht vergleichbar. Vom Finanzminister der ersten Jahre des Bundesstaats ist Legendaries überliefert. Er habe die Bundeskasse über den Mittag und am Abend mit nach Hause genommen. Es ist geradezu sagenhaft, wie dieses Regierungssystem nach bald zwei Jahrhunderten funktioniert.

In den ersten Jahrzehnten hatten wir ein Einparteienregime. Mit sieben Freisinnigen im Bundesrat. 1893 wurde der erste CVP-Bundesrat zugelassen, damals KK, Katholisch-Konservative. Der zweite KK-Bundesrat hat Jahrgang 1912. 1930 ergänzte ein BGB-Vertreter das Kollegium, Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, heute SVP. 1943 folgte die SP. Mit ihr kam es mitten im Zweiten Weltkrieg zum nationalen Schulterchluss im Bundesrat.

FDP, CVP und SP punkteten alle mit 22 bis 25 Prozent Wähleranteil. Die

SVP mit zehn bis elf. Die Sitzverteilung hingegen hatte Schlagseite: 3 FDP, 2 CVP, 1 SP, 1 SVP. 1959 präsentierte CVP-Generalsekretär Martin Rosenberg eine fast schon geniale Lösung. Deshalb nannte man sie «Zauberformel»: 2 CVP, 2 FDP, 2 SP, 1 SVP. Sie bestimmt den Sitzverteiler seit 60 Jahren.

Die Zauberformel ist nicht politische Mathematik, sie basiert auf politischer Philosophie. Nämlich, den drei stärksten Parteien je zwei Sitze und der vierten einen Sitz im Bundesrat zuzuteilen.

Sieben Bundesräte versprühen historischen Charme. Die kleine Runde bürgt für effiziente Regierungsarbeit. Was in Jahrzehnten gewachsen ist, wird nicht so schnell geändert.

Nach dem Wahlsieg der Grünen gibt es nicht automatisch einen Bundesrat. Systembedingt braucht es eine Bewährungsfrist. Mindestens ein, zwei Legislaturen.



Helmut Hubacher
ehemaliger SP-Nationalrat

Seitenblicke

Basel und seine Baustellen

Zu früh gefreut. Wer glaubte und hoffte, die Dauerbaustelle am Steinberg würde rechtzeitig auf die Herbstmesse hin verschwinden, sah sich enttäuscht. Noch am 31. Oktober vermeldete ein Schild, dass die Arbeiten im 10. Monat des Jahres abgeschlossen sein würden, also spätestens an diesem Tag. Doch am 1. November wurde quasi über Nacht aus der 10 eine 12. Die IWB bauen nochmals zwei Monate länger – weshalb, weiss niemand. Und so müssen sich Einheimische wie Touristen auch während der Herbstmesse und in der Weihnachtszeit weiterhin durch die Baustelle quälen, wenn sie zur Kunsthalle oder zum Theater gelangen wollen. Vor allem für die Kunsthalle mit ihrem Ausstellungs- und Restaurationsbetrieb ist die Dauerbaustelle ein Ärgernis, das zudem weniger Besucher und Gäste mit sich bringt. Es ist schon augenfällig, wie langsam Baustellen vorankommen, für die die

öffentliche Hand oder, wie im Fall der IWB, staatsnahe Betriebe verantwortlich sind. Während die privaten Grossbauten von Roche und Baloise jeden Tag an Höhe gewinnen, bleiben die Gräben für den öffentlichen Leitungsbau scheinbar immer gleich gross. Und nicht selten wird ein Strassenabschnitt, nachdem er endlich saniert ist, schon wieder aufgerissen.

Die Arbeit der beteiligten Handwerker soll hier keinesfalls angezweifelt werden. Wer mitverfolgt, unter welcher schwierigen Voraussetzung sie ihre Aufgabe erfüllen müssen, kann eigentlich nur Respekt haben. Vor allem in diesen trüben Tagen, wo auch noch missliche Wetterumstände dazukommen. Es ist vielmehr die Planung, die nicht über jeden Zweifel erhaben scheint. Oder weshalb verzögern sich die Bauarbeiten staatlicher Stellen immer wieder? Und wird nicht im Gegensatz zu privaten Bauvorhaben auch zu wenig Manpower eingesetzt, damit die Arbeiten rascher vorangetrieben werden könnten? Viele Anwohner würden längere Arbeitszeiten – selbst am Wochenende – billigend in Kauf nehmen, wenn dadurch ihre «Leidenszeit», das heisst der Lärm, der Dreck und die verschiedenen Einschränkungen, verkürzt würden.

Diese Einschränkungen sind mitunter gross. Vor allem für ältere Menschen und solche mit einer Gehbehinderung bedeuten sie viel Stress. Wie beispielsweise im Fall der Baustelle für das unterirdische Parking beim Kunstmuseum. Sie führt dazu, dass die BVB jetzt eine der längsten ununterbrochenen Fahrstrecken – vom Wettsteinplatz bis zur Elisabethenkirche – haben. Die Haltestelle Kunstmuseum wird nicht mehr bedient. Bei der Elisabethenkirche müssen die Fahrgäste wieder zurück zum Bankverein rennen, wenn sie ein anderes Tram erreichen wollen. Das Tram Nr. 15 kann nicht mehr in den St. Alban-Graben einbiegen und fällt deshalb bis Ende 2020 (!) einfach aus. Es wird interessant werden, wie die BVB den

Tramverkehr während der Fasnacht umleiten wollen, wenn das bisherige Abbiegen beim Bankverein über die Wettsteinbrücke nicht mehr möglich ist.

Nicht nur für Menschen, sondern auch für Institutionen bringen die Baustellen Probleme. Am Steinberg leidet die Kunsthalle, im St. Alban-Graben sind es das Kunstmuseum und das Antikenmuseum. Beide Häuser haben derzeit grossartige Ausstellungen über den Münsterschatz und die Gladiatoren. Doch für nicht wenige Besucher ist es schwierig, den Weg in diese Häuser zu finden. Das Antikenmuseum musste wegen der Baustelle gar einen neuen Zugang schaffen und die Front des Kunstmuseums ist so abgeschottet, dass manche Besucher meinen, es sei geschlossen – trotz aller gegenteiligen Hinweise. Für die Verantwortlichen der beiden Museen muss es frustrierend sein, zu registrieren, dass wegen der Baustellen weniger Publikum kommt.

Es ist klar, dass wir mit diesen Baustellen leben müssen und sie am Ende meistens auch einen Mehrwert bringen. Doch wie die nötigen Arbeiten geplant und vor allem wie der Verlauf eines Baus und allfällige unvorhergesehene Probleme kommuniziert werden, ist stark verbesserungswürdig. Oftmals ist die Arroganz der verantwortlichen Planer, die sich einzig ihrem Projekt, aber nicht den Anliegen und Nöten der betroffenen Anwohner und der Bevölkerung verpflichtet fühlen, nur allzu deutlich spürbar. Im neuen Jahr wird der Steinberg vielleicht endlich baustellenfrei sein. Doch die Freude dürfte nur von kurzer Zeit sein, denn die nächste Baustelle kommt bestimmt.



Raphael Suter
ehemaliger Redaktor
Basler Zeitung

Soll & Haben

Eine bürgerliche Ständerätin für einen bürgerlichen Kanton

Die Nationalratswahlen vom 20. Oktober haben bekanntlich einiges in Bewegung gebracht: Grüne und Grünliberale konnten deutlich zulegen, die SVP bleibt stärkste Partei, hat aber wie die SP, FDP und CVP Stimmen verloren, das Durchschnittsalter der Gewählten ist etwas gesunken, und es wurden 30 Prozent mehr Frauen gewählt.

Auch wenn noch nicht klar ist, welche konkreten Konsequenzen diese Veränderungen in der grossen Kammer haben werden, ist absehbar, dass eine «grüne Welle» auf uns zukommt. Der Klimawandel, seine Ursachen, seine Auswirkungen und seine Bekämpfung beschäftigen die Bevölkerung, und Umweltanliegen haben Hochkonjunktur – nicht nur in der Schweiz.

Zwar können die linken Parteien SP und Grüne weiterhin keine Abstimmungen ohne Unterstützung durch Bürgerliche gewinnen. Es ist aber naheliegend, dass ökologische Vorlagen in Zukunft einfacher zu Erfolg kommen werden.

Da die Ständeräte im Majorzsystem gewählt werden, unterliegt ihre Wahl viel weniger den aktuellen Strömungen. Daher werden traditionell viele Vertreter der Mitte gewählt und weniger Politiker, die weit links oder rechts stehen. Dadurch wird die kleine Kammer zu einem stabilisierenden Faktor unseres Systems. Das war auch dieses Mal nicht anders. Die Verteilung der Ständeratssitze ist aber noch nicht in allen Kantonen abgeschlossen. Zurzeit sind noch 20 Sitze zu besetzen.

Auch im Kanton Baselland findet am 24. November ein zweiter Wahlgang statt. Der grünen Kandidatin Maya Graf steht die FDP-Politikerin Daniela Schneeberger gegenüber. Sie hat 26 536 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger überzeugt und den ersten Wahlgang klar gewonnen – die

gebührende Anerkennung für pragmatische, lösungsorientierte und seriöse Arbeit während acht Jahren im Nationalrat.

In der nächsten Legislatur werden uns nicht nur das Klima und die Umwelt beschäftigen, denn der Klimawandel lässt Themen wie die Sicherung unserer Sozialwerke, die ständig steigenden Krankenkassenprämien, die weltweite Migration und die sich daraus ergebenden Probleme, das komplexe Verhältnis der Schweiz zur EU oder die vielfältigen Anforderungen der Wirtschaftspolitik nicht einfach verschwinden.

Auch für Daniela Schneeberger ist der Schutz des Klimas und der Umwelt wichtig. Als selbstständige Treuhänderin mit eigenem KMU weiss sie aber auch genau, welche weiteren Sorgen die Unternehmer und ihre Mitarbeiter beschäftigen. Mit ihrer Wahl in den Ständerat erhalten wir deshalb die Gewähr, dass die ökologischen Herausforderungen nicht einfach zu einer teuren Regelflut führen, sondern mit Massnahmen angegangen werden, die auch wirtschaftlich und sozial verträglich sind.

Damit der klar bürgerliche Kanton Baselland nach zwölf Jahren endlich wieder durch eine bürgerliche Kraft vertreten wird, braucht es eine erneute Anstrengung. Verlassen Sie sich deshalb nicht auf andere, sondern werden Sie selber nochmals aktiv: Wählen Sie Daniela Schneeberger in den Baselländer Ständerat und überzeugen Sie Ihre Familie und Ihre Bekannten davon, dies ebenfalls zu tun!



Barbara Gutzwiller
Direktorin des
Arbeitgeberverbandes Basel

ANZEIGE

Patrick WINKLER
100 Jahre
ORTHO SCHUH TECHNIK

Orthopädische Mass-Schuhe
Einlagen nach Mass

Hammerstrasse 14
(beim Wettsteinplatz)

4058 Basel

Tel.: 061 691 00 66

www.winkler-osm.ch